Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Nr. 9 — Berlin, Sonnabend den 11. Januar 1879. — 18. Jahrgang.

Inserate übernehmen ausschließlich Berliner: Rudolf Mosse, Jerusalemerstr. 48 — Haasenstein & Vogler, Jerusalemerstr. 20 — Alexander Nicolai, Friedrichstr. 230 — Bremen: G. L. Daube & Co. — Breslau: Emil Kabe, Ohlauerstr. 79 — Chemnitz: Hermann Schmidt — Cöln: Schloemann, Hohestraße 26 — Dresden: Jul. Fröhlich, Pirnaische Str. 2 — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Eschenheimerstr. 39 — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Alter Wall 30 — Hannover: Carl Schüssler — Leipzig: Haasenstein & Vogler, Brühl 34 — Magdeburg: Haasenstein & Vogler, Breiteweg 164 — Mainz: J. Franz — Mannheim: Haasenstein & Vogler, Planken — München: Rudolf Mosse, Kaufingerstr. 30 — Nürnberg: Haasenstein & Vogler, Königstraße 14 — Prag: Haasenstein & Vogler, Graben 1 — Stuttgart: Haasenstein & Vogler, Königstraße 1 — Wien: Rudolf Mosse, Stadt Jerusalemerstr. 48 — Wien: A. Oppelik, Stadt Jerusalemerstr. 5 — Zürich: Haasenstein & Vogler, Bahnhofstr. 6 — Basel: Haasenstein & Vogler — Genf: Haasenstein & Vogler, Rue du Rhône 51 — Amsterdam: Haasenstein & Vogler, Kalverstraat 51 — Brüssel: Haasenstein & Vogler, Place de la Bourse 9.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Abends, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 7 Mark 50 Pf., für Berlin nehmen sämmtliche Spedeteure, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. incl. Bringelohn entgegen. Inserate sind an die Expedition zu senden. Preis pro schoßhaltige Petitzeile 40 Pf. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an dieselbe: Berlin SW. Wilhelmstr. 32, zu senden. Manuskripte ohne Angabe der Honoraranspruche werden zur Verfügung der HH. Einsender in der Expedition deponirt, event. vernichtet. Die Redaktion und die Expedition befinden sich alle Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 10. Januar.

Durch eine Menge Beispiele haben wir neuerdings nachgewiesen, daß derjenige Theil der liberalen Presse, der sich zu den Prinzipien des unbedingten Freihandels bekennt, die Sache mit den Reformplänen des Reichskanzlers auf finanziellem und wirthschaftlichem Gebiete sich außerordentlich leicht macht, daß man der publizistischen Pflicht, die Leser aufzuklären und zu belehren, genügt zu haben glaubt, wenn man nach Vorgange bekannter Parlamentarier von Profession den Reichskanzler mit dem Namen eines Autodidakten oder noch schmeichelhafteren Titulaturen belegt, den ad absurdum zu führen ein Kinderspiel sei. Von diesem Standpunkte aus hat man ein Eingehen auf seine Gedanken oder eine objektive Ueberlegung überhaupt nicht nöthig, unter emphatischer Berufung auf die Wissenschaft stellt man es als unwiderlegliches Axiom hin, daß, wenn die Pläne des Kanzlers verwirklicht werden, die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel und eine ganze Fluth anderer Nachtheile die unabweisbare Folge sein müssen; dann ist man fertig. Hat man einmal den Knoten der objektiven Diskussion zerhauen, so ist der Uebergang leicht, aus der ganzen Reformfrage eine Parteifrage zu machen und die Ernennung in den Vordergrund zu drängen, welche Vortheile oder Nachtheile die Durchführung der Pläne des Kanzlers den einzelnen Parteien und ihren Führern bringen würde und bringen könnte. Besonders lehrreich in letzterer Beziehung sind gewisse Provinzialblätter, deren sich einflußreiche Mitglieder unserer parlamentarischen Körperschaften als Korrespondenten, theils um ihre eigenenen Ansichten in die Oeffentlichkeit zu bringen, theils um die Stimmung der Provinz zu beeinflussen. Mehrere dieser Blätter haben in ihren resp. Landestheilen eine weitere Verbreitung, und mannigfache Ursachen wirken zusammen, um ihnen, ganz abgesehen von ihrer Qualität, einen bedeutenderen Einfluß zu verschaffen, als manche in der Hauptstadt des Reiches erscheinende Zeitungen bei gleicher oder selbst überlegener Abonnentenzahl für sich in Anspruch nehmen können. Gerade in dem vorliegenden Falle scheint es angezeigt, von der Provinzialpresse speziell Akt zu nehmen: auf der nicht unbedeutlichen Zahl dieser Blätter gereichen wir zunächst eins heraus, welches ihre Stimmung, ihren Charakter und ihre Behandlung der großen Tagesfrage, soweit sie der liberalen Richtung angehören, treffend kennzeichnen dürfte.

Der schweren Verstimmung der nationalliberalen Partei über den Gang der inneren Politik im Jahre 1878 giebt der „Hann. Courier" unter Aufsichnung verschiedener kaufmännischer Prophezeihungen und Warnungen einen bäuerlichen Ausdruck. Daß bekannt wird der für die Partei so ungünstige Ausfall der Barziner Verhandlungen. Dieses Malheur habe nicht nur die Kluft zwischen Liberalen und Konservativen erweitert, sondern es allein sei auch daran schuld, daß die Vertreter der grundsätzlichen Reaktion (!) in den letzten Tagen des Jahres sich mit lauten Hoffnungen hervorwagen konnten. Nun noch gar das Leiden, daß Herr v. Varnbüler in eine einflußreiche Stellung berufen ist; in seinem prophetischen Geiste sieht der „Hann. Courier" den Namen Bismarck schon unter einer Menge Schriftstücke, die viel weniger Bismarckische als Varnbülersche Politik bestimmten. Wären die Ausbrüche nicht so bämisch und dabei so wid ammaßender Selbstüberschätzung, so könnte man dem Schmerze des „Hannov. Courier", daß Fürst Bismarck „seine Freunde gewechselt hat" (wörtlicher Ausdruck des „H. C."), vielleicht einige Antheilnahme nicht versagen. Andere, d. h. alle Unbefangenen, werden freilich der Uebergesinnung fein, daß Fürst Bismarck an seinen Beziehungen zu den Nationalliberalen mit seltenem Langmuth festgehalten hat, daß er sie nur ungern, als ein für ihn unbrauchbare Prinzipienreiterei und die schweren Nachtheile, welche ihr Doktrinarismus über die Nation brachten, dazu zwangen.

Nach einer kurzen Erwähnung der Novelle zur Gewerbeordnung, der Bestimmungen zur Fördrung der Gerichtsorganisation und nach der Bescheinigung, daß Fürst Bismarck in dem Berliner Vertrage eine bestriedigende Arbeit aufzuweisen habe, die aber, wenn sie wirklich den allgemeinen Frieden zur Folge habe, manche Reformprojekte überflüssig machen, geht der „Hannov. Cour." zu der Aufstellung eines „positiven Programms" über, welches zwar des Neuen nicht viel enthält, den Standpunkt aber, von welchem aus die Reformfrage behandelt oder richtiger verwerthet werden soll, so klar darlegt, daß wir auf dasselbe alsdald noch näher eingehen wollen.

Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Ausführung der Zivil-, Konkurs- und Strafprozeßordnung zugegangen. In der Begründung wird hervorgehoben, daß nach Einführung der Ordnungen der Landesgesetzgebung nicht, soweit dieselben mit den Rechtszustanden auf den durch die Prozeßordnungen nicht betroffenen Gebieten des materiellen Rechts, sowie bei an der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit nicht gelegenen Angelegenheiten, sowie die erforderliche Uebereinstimmung mit den Grundzügen der Reichsjustizgesetze herbeizuführen und überdies für die Uebergangszeit Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Bei der Gestaltung der einzelnen Vorschriften des Entwurfs ist ein Zusammengehen mit den bekannt gewordenen Entwürfen der Ausführungsgesetze für die übrigen Gebiete des Deutschen Reichs soweit möglich angestrebt worden. In Uebereinstimmung mit den letzteren geht der Entwurf insbesondere von der Auffassung aus, daß die Entscheidung über das nähere Verhältniß bei coda civil, wie das übrigen Bundesrechts, zu den Reichs-Justizgesetzen prinzipiell der Rechtsprechung zu überlassen ist, und hat es demgemäß, abgesehen von einigen Ausnahmefällen, vermieden, darüber, welche Vorschriften der Bundesrath durch die Reichs-Justizgesetze aufgehoben sind oder neben diesen noch fortbestehen, ausdrückliche Bestimmungen zu treffen. Auf einzelne besondere Gebieten wird der Entwurf noch durch Spezialgesetze seine Ergänzung finden müssen, so bezüglich der für das Strafvergehen wegen Uebertretung der Forstgesetze, sowie für das Verwaltungsverfahren wegen Uebertretung der Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle erforderlichen Bestimmungen. Nach beschlußfähig der Gesetzgebungsarbeiten in Elsaß-Lothringen und der Verfahrens von den reichsgesetzlich zugelassenen besonderen Gerichten, insbesondere den Gewerbegerichten, sowie dasselbe einer andermäßigen Regelung bedarf, bleibt die Spezialgesetzgebung vorbehalten.

Zwischen der „Köln. Ztg." und der „National-Zeitung" ist eine Polemik entstanden über den Inhalt des „Schreibens", welches der Reichskanzler an den Vorsitzenden der Tarifkommission, Herrn von Varnbüler, gerichtet hat, und das von dem Betreten in der ersten Sitzung der genannten Kommission zur Berathung gelangt sein soll. Die „Köln. Ztg." hatte bemerkt, daß in dem Schreiben das Tabaksmonopol als das Ideal des Reichskanzlers hingestellt werde, was die „National-Zeitung" mit Recht für nicht glaubwürdig erklärt. Die „Köln. Ztg." sucht nun die Anwendung des Wortes „Ideal" zu rechtfertigen u. dgl. m.

So weit wir unterrichtet sind, ist das erwähnte Schreiben an Herrn v. Varnbüler persönlich gerichtet, aber von Letzterem im Interesse der Sache der Kommission vorgelesen worden. Der Inhalt des Schreibens ist bezeichnet in Allgemeinen die Aufgaben der Kommission mit Hinzugefügen für das Vorliegenden und berührt nebenbei auch die Frage, welche Form der Tabaksbesteuerung wie irgendwelche Schmerze wird, das Monopol als die Spitze zu stellen. Das Schreiben stellt nur das Material der Tabaksenquete der Tarifkommission zur Verfügung und giebt der Kommission ungefähr weiteres Material für die Tabaksfrage zu fordern, da, selbst berbeizuführen.

Die sonst in den Zeitungen umlaufenden Angaben über den Inhalt des Schreibens sind Kombinationen.

Die **Motive** zu der gestern mitgetheilten Vorlage des Reichskanzlers an den Bundesrath, die Strafgewalt des Reichstags über seine Mitglieder betreffend, findet der Leser im Wortlaut im heutigen II. Blatte, ebenso ein Verzeichniß der den Motiven beigegebenen Anlagen.

Die „**Tribüne**", bas bestätigte, aber darum auch das kompromittirendste Organ des Maxdorf-Sternberger, erzählte am Mittwoch in einem Artikel über das Tabaksmonopol, 1857 habe Hr. v. Varnbüler dieses Monopol empfohlen und in demselben Jahre sei es zum ersten Male in preußischen Herrenhause befürwortet worden. Aber eines Tages es war im Jahre 1875, erzählt die „Tribüne", erhielt bas selbe seinen Todestoß. „Dieser Stoß fiel erfolgt sein durch eine anonyme Schrift: „Der Zollverein und das Tabaksmonopol". Merkwürdiger Weise ist diese Schrift aber in demselben Jahre, in welchem nach der „Tribüne" Jener anonym wurde, nämlich im Jahre 1857, nicht aber 1875, erschienen. Auch hat der Verfasser, der die „Tribüne" ganz richtig Rudolf Delitzsch nennt, durchaus nicht ausgesteht, daß das Tabaksmonopol für Deutschland von den unbeliebtesten Folgen sein werde, sondern er hat tedglich den Satz durchgeführt, daß zur Errichtung des Tabaksmonopols ein Einheitsstaat gehöre, daß aber ein bloßes auf Kündigung beruhendes Bündniß wie der Zollverein zu dieser Einrichtung nicht tähig sei, ein Einwand, der natürlich jetzt nicht mehr zutrifft. Nach dieser ausgezeichneten Angaben der „Tribüne" (von einem Druckfehler bei der Jahreszahl kann nach dem Zusammenhange nicht wohl die Rede sein) mag man nun die Glaubwürdigkeit der Anekdote beurtheilen, die von ihrem Erfinder bereits vor einiger Zeit in der „Neuen Freien Presse" zum Besten gegeben worden, über die Art, wie Herr Delbrück berufsgemäß, eines Tages sich nach einer neuen Wohnung umzusehen.

Einer Behauptung der „Voss. Ztg." zufolge soll in parlamentarischen Kreisen verlautet, die Anträge zur Remuneration der Herren Kapell und Baur für ihre Thätigkeit im Oberrechnungsamt würden aus dem **Dispositionsfonds des Kultusministeriums** entnommen werden. Diese Annahme erledigt sich damit, daß der Fonds des Kultusministeriums lediglich für die Zwecke desselben bestimmt ist und grundsätzlich nicht für Zwecke des Oberrechnungshofs, der seine eigenen Fonds hat, verwendet werden soll. Der Dispositionsfonds des Kultusministeriums ist überdieß nicht etwa, wie die „Voss. Ztg." anzunehmen scheint, ein geheimer Fonds, sondern ein solcher, dessen Rechnungen in Bezug auf eine bestimmungsmäßige Verwendung durch die Oberrechnungskammer geprüft und dem Landtage zur Genehmigung vorgelegt werden.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses steht in letzter Reihe die zweite Berathung des Etats des **Kultusministeriums**.

Die Interventionen des Zentrums bezüglich dieser Berathungen verkündete gestern bereits die „Germania", indem sie gestern anmittelst nach Festsetzung der heutigen Tagesordnung schreibt:

„Morgen Freitag beginnt die Berathung des Etats des Kultusministeriums. Verwaltungsfeste werden sich die Berathungen noch bis tief in die nächste Woche hineinziehen."

Der „Reichs-Anz." veröffentlicht ein **Verzeichniß** der auf Grund des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 bis zum 1. Januar 1879 erlassenen Verfügungen, durch welche der Reichskommission **endgültig geworden** ist, **in Verbote von Vereinen und Druckschriften**. Das Verzeichniß führt auf: 10 Vereine, 11 periodische und 7 nichtperiodische Druckschriften. — Außerdem entzieht der „Reichs-Anz." folgende, auf Grund des Sozialistengesetzes neuerdings ergangene Verbote:

Das hiesige Polizeipräsidium verbot den im Druck und Verlag der „Arbeiter-Wochen-Chronik" in Buhlau erschienenen „Allgemeinen Arbeiter-Kalender 1879" und die in der politischen Buchhandlung von Henri K Fremaeckers zu Brüssel 1878 erschienene nichtperiodische Druckschrift: „Le suffrage universel par Paul Brasuer". Die Kreisdirektion manerschaft Zwickau den in der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Chemnitz G. Rühner u. Comp. erschienenen Bericht über den Arbeiter-Zentral-Wahlkomitee für den 15. Wahlkreis an die „Arbeiter, Kleinbürger und Handleute des 15. sächsischen Reichstagswahlkreises".

In Bezug auf den Stand der **Nordsee**fischerei verfeuten Zeitungen zu berichten, daß hiesige noch grassiert im Regierungsbezirk Gumbinnen im Stadt Stallupöhnen, im Regierungsbezirk Frankfurt in den Kreisen Lebus, Königsberg, Ost- und Weststernberg, im Regierungsbezirk Potsdam im Kreise Oberhavelland, im Regierungsbezirk Merseburg an einem Ort des Kreises Schweinitz. Mit Ausnahme von Stallupöhnen hat sich konstatiren lassen, daß die Krankheit nur in einzelnen Fällen bei Schweinen Markt gekaufter Vieh getragen ist. Ein großer Theil der Deutschen ist bereits für seuchenfrei erklärt worden und hat die hiesige Erklärung in den nächsten Tagen erfolgen können.

Im Hinblick auf den mangelhaften Zustand über diejenige Statistik, welche das Anbauverhältniß, die Menge und den Werth der **Ernten** behandelt, und auf das täglich wiederkehrende Bedürfniß vollkommener und vollständiger Nachweise über die jährlichen Ernteergebnisse in Deutschland hat der Bundesrath für den ganzen Umfang des Deutschen Reiches, wie mit früher geschehen, die Vornahme genauer Ermittelungen der landwirthschaftlichen Bodenbenutzung und des Ernteertrages, und zwar erstmalig für das Jahr 1878, angeordnet. In dem Novemberheft des Jahrgangs 1878 der Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus, deren Erscheinen alsbald bevorsteht, veröffentlicht der Direktor des Bureaus, Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. Engel, die vorläufigen Resultate der im Jahre 1878 in Preußen vorgenommenen Ermittelungen und weist dabei zugleich einen Rückblick auf die Ernten und Zeralienpreise früherer Jahre und fügt einen Nachweis der Vertheilung der Getreidearten auf die Bevölkerung, sowie die Ein- und Ausfuhr an Getreide und Mehl hinzu. Es bestanden in Preußen zwei Nachweisungen über die Getreideergebnisse, eine Enztebelle, welche 1846 eingerichtet wurde, und eine Erdrustbelle, welche 1859 angeordnet wurde. Im Jahre 1876 trat zu diesen beiden Einrichtungen noch eine dritte, die von dem internationalen Saatenmarkt hervorgerufenen „Erste Aussichten". Seit dem Jahre 1878 ist eine neue Aera beschritten worden.

Außerdem hat das erwähnte Heft folgenden Inhalt: Die Geschäftsstatistik der Zollverwaltung des Deutschen Reichs für das Etatsjahr 1877/78. A. Nachweisung über die Abfertigungen im Handel auf die Maaren-Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr für das Etatsjahr 1877/78. B. Nachweisung der Abfertigungen von Schiffen und Ladungen im Handel auf die Maaren-Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr für das Etatsjahr 1877/78. Einfuhr der Lokomotiven, Tender und Ersatztheile, Eisenbahnwagen und Fabrikate nach Deutschland im Jahre 1878. 11 Monaten 1. Januar bis ult. November 1878, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. — Brauntwein-Verzeichnis und Preisnoten von Deutschen Zollgebiete während des Etatsjahres 1877/78. — Wöchentliche Uebersicht der Centnerzahl von den wichtigsten Lebsbrüchten und von Wiesenheu im Deutschen Zollgebiete für den Monat November 1878 und für die Zeit vom 1. Januar bis Ende November 1878. — Uebersicht über die von den Rübenzucker-Fabrikanten des Deutschen Zollgebiets verfassten Rübenmengen, sowie über die Einfuhr und Ausfuhr von Zucker im Monat November 1878.

Im Anschluß an die vom 23. bis 26. Februar abyabtende Sitzung des Deutschen Vereins wird die im vorigen Jahre vertagte Sitzung der **technischen Kommission für Seeschifffahrt** zusammentreten, um eine Erörterung über einen Entwurf, die Seemannsordnung betreffend, anzustellen. Es werden auf Wunsch der Kommission Sachverständige zu dieser Sitzung berufen werden, über deren Zahl bis jetzt noch keine Bestimmung getroffen ist.

Man schreibt uns aus **Paris**:

Das Resultat der letzten Wahlen in Frankreich war vorauszusehen und hat im Auslande Niemanden überrascht; auffallend ist bekhalb die schwer zu verbergende Befriedigung, welche ein Theil der sogenannten konservativen französischen Presse nun an den Tag legt. Während nämlich vorsichtige Zeitungen, denen die finanziellen Interessen ihrer Leser am Herzen liegen, und die bisher antirepublikanisch geblieben waren, weil sie die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben hatten, der Chef des Staates werde, an einem gewissen Punkt angelangt, Kehrt machen und die seinen alten Freunden wieder in die Arme werfen — während diese Zeitungen nun langsam ihren Rückzug antreten und sich auf die Vertheidigung vorbereiten, gehen die offiziösen Organe der bonapartistischen und royalistischen Partei ihrer Befriedigung über das Resultat unverhohlenen Ausdruck und prophezeien ihren Landsleuten abermals erdenkliche Unglück im Allgemeinen, sowie im Besonderen eine Wiederholung der furchtbaren Greuelthaten von 1793 und 1794. Die gemäßigten Blätter, welche heute an der Spitze der französischen Republik stehen, bürgen dafür, daß diese Bestürzungen unbegründet oder wenigstens die Uebertreibung sind; es liegt aber in der Logik der Dinge, daß die politische Partei, die nun in Frankreich am Ruder ist, Alles versuchen wird, um sich in der gewonnenen Stellung zu behaupten, und was ihre Gegner, die noch ganz kürzlich, am 16. Mai 1877 nämlich, die Republik tödtlich bedrohten, unternehmen werden, ist Jedem bekannt. Die Gefahrde Frankreich — und es läßt sich mehr dafür, als da gegen sagen —, daß eine jede Regierung sich mit Männern umgiebt, auf deren Angebenheit sie unbedingt rechnen zu können glaubt. Der Eifer, der, im Vertrauen auf seine Kraft, in dieser Beziehung ungemöhnliche Nachsicht zeigte, indem er viele bodgeschätte Gegner, die ihm persönlich feindlich gesinnt waren, im Besitz der von ihnen bekleideten Stellung beließ, hat Gelegenheit gehabt, seine seltene Toleranz, als unzeitgemäß, bis zum Ende seines Lebens zu bereuen; die gegenwärtige Seite der Regierung vom „16. Mai", Herr v. Fourtou, hat in der Kammer, als er wegen der von ihm angeordneten Entlassung im französischen Beamtenwesen zur Rede gestellt wurde, in vorem Worte erklärt, er sei noch nicht energisch genug aufgetreten, er bedaure, seine Pflicht nicht ganz gethan, d. h. in anderen Worten, er bedaure, daß er nicht sämmtliche republikanische Beamte, vom höchsten bis zum niedrigsten, ihrer Posten entboben zu haben. Die Freunde und Gesinnungsfreunden des Herrn v. Fourtou haben in der That Alles, was sie zu bedauern, wenn ihre Gegner sich nun darauf vorbereiten, dem Beispiel und den Lehren, welche sämmtliche früheren Regierungen ihnen gegeben haben, zu folgen. Die Republikaner werden erzeugen, daß sie von der heutigen Regierung besoldeten Beamten, die Diener des Staates im richtigen Sinne des Wortes, sind, und daß sie Jedem, der empfindet, daß ihnen Gewerbungen an die Regierung anders als in gelinder Form hervorzutreten. Sie vertrauen dem Umstande, daß die von Jedem in Bezug auf das Beamtenwesen gewünschten Reformen einer jeden republikanischen Regierung in Frankreich erschwinden werden.

Aber anders verhält es sich mit einem schwer nahbaren und wichtigen Feinde der Republik, mit der Armee, welche sich Jedem, der empfindet, daß weiterzuwegten, einflußreichen, in alle Schichten der Gesellschaft auf offenen und verdeckten Wegen eindringenden Staatsforces haben sich, mit ganz seltenen, an hohen und höchsten Stellen ganz getadelten und bedauerten Ausnahmen, als erbitterte, aber ohnmächtige Feinde derjenigen Staatsform gezeigt, der ganz Frankreich beute, mit übermächtiger Majorität, seine Zukunft anvertraut hat. Die Bonapartisten, Legitimisten, Orleanisten erscheinen den Republikanern nunmehr als entwaffnet, als unschädlich, und es ist Jedem, der eine gewisse, vielleicht nicht ganz gerechtfertigte Nichtachtung für Alles, was der Art und Weise, mit der die leitenden Organe der republikanischen Partei den geschlagenen Feinden gegenüber verfahren, Ausdruck zu geben pflegen, wenn sie ihrer nicht geradezu spotten. Aber diese Ton ändert sich erheblich, sobald von dem anderen Feinde der Republik, von dem ultramontanen Klerus, die Rede ist. Dieser steht ungebeugt, unbeugsam, in alter Kraft und Macht, in allem Uebelwollen gegen die Republik da, und die ganze republikanische Partei scheint es für Jedem, der sich des Sieges noch nicht verscheert, so lange sie sich mit diesem Gegner noch nicht gemessen und auch ihn unschädlich gemacht hat. Ein Kampf, ein Kulturkampf, um das Wort zu gebrauchen, dessen Eröffnung angenommene Bedeutung weitere Umschreibungen unnütz macht, steht bekhalb auch in Frankreich in naher Aussicht und kann nur verneinen werden, wenn dem ultramontanen Klerus von maßgebender Stelle Bestimmungen zugehen, welche seinen Zweifel darüber obwalten lassen, daß eine wirkliche Versöhnung zwischen dem Staate und der Kirche von der Seite Ersteren aufrichtig gewünscht wird, wie eine jede Regierung die natürlichermeise im Interesse des Gemeinwohls wünschen muß.

Die „**Marina**", ein in Philippopel in bulgarischer, russischer und französischer Sprache erscheinendes Blatt, veröffentlicht die folgenden, dem kommandirenden General des 9. russischen Armeekorps als Erwiderung auf seine Glückwünsche zugegangenen Telegramme:

Von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser:

Ich danke Ihnen, mein General, für die Glückwünsche, welche Sie im Namen der Georgsritter des 9. Armeekorps an das Ehrenmal Meines Lebens ich die Ehre habe, seit 1814 anzugehören und als Großtreuz seit dem Jahre 1869.

Wilhelm, Kaiser und König.

Von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich:

Indem ich Ihnen für Ihre Glückwünsche anläßlich des St. Georgstages danke, sende ich wiederholt die aufrichtigsten Wünsche für die tapferen Ritter dieses Ordens, sowie für die Kriegsvolk neunten Armeekorps.

Franz Joseph.

Von Seiner kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen des Deutschen Reiches:

Der Kronprinz bestätigt mir, Ihnen von ganzem Herzen für den von Ihnen im Namen der St. Georgsritter anläßlich des Jahrestages dieses erhabenen Ordens an Ihn gerichteten Glückwunsch zu danken.

Von Seiner königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich Karl:

Ich danke Eurer Exzellenz aufrichtig für Ihre liebenswürdige Depesche und sende meine besten Grüße und Glückwünsche an die Ritter des Georgsordens und an die glorreiche russische Armee.

Friedrich Karl.

Von Seiner kaiserlichen Hoheit dem Großherzog Friedrich:

Tief gerührt von dem freundlichen Andenken meiner Ordensbrüder danke ich Ihnen dafür von ganzem Herzen sowie für Ihre Sympathien für die ritterrichische Armee, welche ich am Kriegsfeste meines erhabenen Souverains bringen werde. Ich bitte Sie, dieses Telegramm mitzutheilen. Herzlichen Dank für Ihre liebenswürdige Depesche.

Albrecht.

Von Seiner königlichen Hoheit dem Fürsten von Rumänien:

Die Glückwünsche, welche die dem neunten Armeekorps zugehörigen Georgsritter mir anläßlich des Ordensfestes haben zugehen lassen, haben mich lebhaft gerührt. Ich danke Ihnen ganz besonders dafür und bitte Eure Exzellenz, mein Vollmeichen bei den tapferen Rittern des braven Korpsrest zu sein, welches im letzten Kriege Ruhmesthaten unter den Mauern von Nikopolis begonnen, sie vor Plewna gewendet und heimzuführen jenseit des Balkan fortgesetzt hat. Der Gedanke des 9. Korps erinnere ich mich mit doppeltem Vergnügen heute, am ersten Jahrestage der Einnahme von Plewna, von dieses Korps tiefst Seite an Seite mit meinen Truppen gewesen und den Ruhm wie die Gefahren dieser denkwürdigen Belagerung mit ihnen brüderlich getheilt hat.

Aus Madrid überbringt der Telegraph die von gestern Abend datirte Nachricht, daß General **Elpartero** mit Tode abgegangen ist. Mit ihm ist ein Mann von dem besten gestorben, dessen nicht bewegte politische Laufbahn zugleich die Vollständigkeit Stück Zeitgeschichte seines Vaterlandes bildet. Don Baldomero Elpartero, Herzog von Morella, ist am 10. Oktober 1792 zu Granatula, in Mancha, im Jahre 1792 geboren. Anfangs für die geistliche Laufbahn bestimmt, trat er schon im 16. Lebensjahre als gemeiner Mann in die studentische Freischaar ein, welche als „Milicia Ballaitlion" an dem Kampfe gegen das Napoleonsche Joch Theil nahm. Elpartero durchlief die unteren Offiziersgrade während der für Spanien unglücklich ausgelaufenden Kriege mit seinen amerikanischen Kolonien. Der Tod Ferdinands VII. fand ihn als Regimentskommandeur in Majorca. Elpartero stellte sich auf seine Königin Isabella und wurde für seine Treue bis zum kommandirenden General der Nordarmee, Wizekönig von Navarra und Generalkapitain der baskischen Provinzen. Die heftigen Kämpfe verfrischten unter lauter für die Sache der minderjährigen Isabella günstigen Feldzügen Elpartero's gegen die Karlisten. Am 8. Mai 1841 trat er an die Spitze der Regierung, nachdem er von Regierschaft an und behauptete sich gegen alle Intrigues und Pronunciamentos auf diesem Posten, bis ein Aufstand der baskischen Provinzen und die von der revolutionären Junta proklamirte Großjährigkeit Isabellens seinen Sturz herbeiführte. Am 30. Juli 1843 schiffte sich Elpartero als Gesandter in Gotha nach Kopenhagen ein, kehrte bereits im Jahre 1848 nach Spanien zurückgekehrt, erschien Elpartero doch erst nach Verlauf von zehnjahren wieder im Vordergrunde der politischen Bühne, er retteten den Thron Isabellens vor den Bestrebungen der Umsturzpartei und blieb zwei Jahre hindurch an der Spitze der Geschäfte. Seine, durch die Umstände gebotene Demission war nur der Ausgangspunkt einer neuen Serie von Parteikämpfen. Mit dem zunehmenden Alter zog sich Elpartero jedoch mehr und mehr von den tagespolitischen Vorgängen zurück. Die letzteren Jahre verfrischen unter lauter für die Sache der minderjährigen Isabella günstigen Feldzügen Elpartero's gegen die Karlisten. Am 8. Mai 1841 trat er an die Spitze der Regierung, nachdem er von Regierschaft an und behauptete sich gegen alle Intrigues und Pronunciamentos auf diesem Posten, bis ein Aufstand der baskischen Provinzen und die von der revolutionären Junta proklamirte Großjährigkeit Isabellens seinen Sturz herbeiführte. Am 30. Juli 1843 schiffte sich Elpartero als Gesandter in Gotha nach Kopenhagen ein, kehrte bereits im Jahre 1848 nach Spanien zurückgekehrt, erschien Elpartero doch erst nach Verlauf von zehnjahren wieder im Vordergrunde der politischen Bühne, er retteten den Thron Isabellens vor den Bestrebungen der Umsturzpartei und blieb zwei Jahre hindurch an der Spitze der Geschäfte. Seine, durch die Umstände gebotene Demission war nur der Ausgangspunkt einer neuen Serie von Parteikämpfen. Mit dem zunehmenden Alter zog sich Elpartero jedoch mehr und mehr von den tagespolitischen Vorgängen zurück. Die letzteren Jahre der Dinge im letzten Jahrzehnt hat er keinerlei hervorragenden Antheil mehr genommen.

Rundschau im Auslande.

Die ohnehin für den Laien und Ausländer etwas schwer verständlichen Verhältnisse und Beziehungen der ministeriellen und parlamentarischen Parteien in **Oesterreich** werden treffen illustrirt durch einen längeren Artikel, welcher dem „Pester Lloyd" unter dem Titel: „Regierung und Verfassungspartei in Oesterreich" von anscheinend sehr gut unterrichteter Seite aus Wien zugeht. Wir lesen da:

„So oft in den letzten Tagen von Annäherungsversuchen der Deutschen an die Regierung und vice versa zu lesen war — und die Zeitungen haben hierzu Gelegenheit genug gegeben — drängt sich die Reminiszenz an eine interessante Zeit des Jahres 1868 in den Sinn. Es war im Herbste des begleichten Jahres, als der damalige Reichskanzler Graf Beust sich ganz plötzlich entschloß, einen Ausgleich mit einigen Führern der ständischen Opposition verfuchte. Diese Thatsache an sich war gewiß, um das Bürgerministerium in förmlichen Aufruhr zu versetzen und hatte in Folge dessen Graf Beust dieses Ministerium, sein Haupt in jeder Beziehung, sich schmollend zurückzog und nach breiviertelstündigem rühmlichen Wirken das Ruder anderen Händen überließ. Graf Beust hat damals sich bekanntlich gewaltig gefunden, sich zu rechtfertigen. Er hat sich in der That nicht der geringsten Unkorrektheit schuldig gemacht. Alle er sich aufmachte, nach Prag zu gehen, that er dies nicht etwa, um hinter dem Rücken des österreichischen Regierung mit den Czechen anzuknüpfen, er that dies vielmehr mit der Intention, den Parteihaßen der Czechen und Deutschen gerade dadurch zu jagen, daß sie sich, wenn sie einen Ausgleich suchten, an niemand anderen als an die österreichische Regierung zu wenden hätten und daß es überhaupt außerhalb der Regierungsgewalt keine Verständigung gebe. Graf Beust vollführte diese Mission nicht nur mit der Zustimmung, sondern es kann sich heute als die hervorragende Leistung der Geschichte jener Tage wohl geradezeraus gesagt werden: im direkten Auftrage der Krone. Und warum gerade er und kein Anderer mit dieser Mission betraut wurde? Das erklärt sich aus der loyalen Absicht des Auftraggebers, den Czechen jede Illusion über einen außerhalb der Verfassung zu erreichenden Ausgleich durch Denjenigen zu benehmen, auf den sie in ihren Plänen am meisten zu rechnen glaubten. Es ist bekannt, daß Graf Beust sich seines Auftrages ehrlich und loyal entledigte, und wenn nichts Anderes hierfür spräche, so läge ein gewichtiger Beweis dafür in der Entschaede, daß Graf Beust, der „Andeutungsdrücker", wie sie ihn nannten, seit jenen Tagen der bestgehaßte und bestverleumdete Mann ist, so weit die böhmische Zunge reicht. Nichtsdestoweniger hat diese Episode das Bürgerministerium in eine solche Verstimmung versetzt, daß es sich kaum je davon erholte. Die Mitglieder des Ministeriums trugen den Brüsten Beust ein Verhalten nach Jahre lang nach und man erinnert sich wohl noch daran, wie Dr. Giskra, einer von den späteren Delegationsfesseln mit wahrem Schaudern von jenem „unseligen Pact" sprach, die sich in Alles gemischt und dadurch heillose Verwirrung angerichtet habe. Das Alles hat die Prager Seite wie Gottes Gnade gethan."

Der Verfasser geht alsdann zu der Thatsache über, daß gegenwärtig die ganze Verfassungspartei sich zu einer Wallfahrt nach Prag anschicke, um die Czechen in den Reichsrath zu laden, und zieht weiter das Facit, was beide Parteien, die Czechen und die Verfassungsmänner, in den bevorstehenden zehn konstitutionellen Lehrjahren gelernt haben. Die Czechen seien, wenn auch spät, auf den betten Weg zur Einsicht und Umsicht gelangt, die Verfassungspartei habe sich allerdings den Czechen gegenüber zu größerer Freiheit der Anschauungen aufgeschwungen, aber in ihrem eigenen Organismus stecken noch die alten Fehler von ehedem. Ihr fehle noch immer der Mutt zu einer starken Regierungsopposition, zu der Resignation, als Oppositionspartei in der Minorität etwas zu gelten. „Sie möchte gern Beides sein, als Regierungspartei am Ruder bleiben und dabei doch auch auf die Jugen Rücksicht nehmen, die Jugend nicht verjagen, die nur vom Baume der Opposition zu pflücken sind." (Aehnliches ließe sich auch auf deutsche Verhältnisse beziehen. D. R.)

Einem Artikel der „N. Fr. Presse" gegenüber wendet sich der „Pester Lloyd" zu einer Kritik des Bürgerministeriums Herbst-Giskra, welches sich nur 2 Jahre zu halten vermochte, während das Kabinet Schmerling vier und ein halbes Jahr und das Ministerium Auersperg sieben Jahre am Ruder gehalten waren. Der Grund liege darin, daß das Bürgerministerium ein förmliches Spiegelbild der Partei selber war und weil sein Sturz nur aus den Fehlern und Schwächen jener Männer zu erklären sei, welche bis jetzt die Häupter der Verfassungspartei sind, jene Fehler und Schwächen somit zu förmlichen Parteiselbern und Parteischwächen stempeln.

„Das Ministerium habe in manchen unbedeutenden Augen den Wahn gemacht